Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 34 (1978)
Heft: 7-9

Artikel: Konsumentinnen wollen Preisüberwachung
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-844534

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Abtreibungsgesetze der Gegenwart hat seit anfangs Juli unser Nachbarstaat Italien. Es handelt sich um eine vorsichtige Fristenregelung für Frauen ab 18 Jahren, die vorderhand freilich erst auf dem Papier existiert und die vor allem vom Vatikan erbittert bekämpft wird. Auch in Ärztekreisen macht man weitherum in passivem Widerstand, will sich «die Hände nicht beschmutzen». Die Infrastruktur, die gemäss dem neuen Gesetz die Grundlage für den unentgeltlichen und fachgerecht betreuten Schwangerschaftsabbruch bilden soll, ist in den meisten Gebieten des Landes noch gar nicht und in den grösseren Städten erst ansatzweise vorhanden. Die aktiven Frauenorganisationen haben jedoch bereits verlauten lassen, dass sie die Verwirklichung der Abtreibungsliberalisierung energisch vorantreiben wollen. Laut Schätzungen haben das Zentrum für Information, Sterilisierung und Abtreibung (CISA) und andere feministische Gruppen in Rom wöchentlich zu rund 350 Schwangerschaftsabbrüchen (an Ort und Stelle oder aber in London) verholfen — das wären 18 000 Eingriffe jährlich. Die Zahl der tatsächlich durchgeführten Abtreibungen in Italien liegt jedoch zweifellos höher.

In Mexiko sind laut einer Agenturmeldung im Jahre 1977 25 000 Frauen an den Folgen illegaler Abtreibungen gestorben. Die meisten seien zwischen 16 und 25 Jahre alt gewesen. Die Zahl der geheimen Schwangerschaftsabbrüche wird auf 1,5 Millionen geschätzt.

Wir werden vom Schicksal hart oder weich geklopft. Es kommt auf das Material an.

Marie von Ebner-Eschenbach

Konsumentinnen wollen Preisüberwachung

Die Preisüberwachung soll nicht verschwinden, sondern sogar in der Bundesverfassung verankert werden. Dies ist das Ziel eines Volksbegehrens, das die drei Schweizer Konsumentinnenorganisationen lancieren. Die Initiative «zur Verhinderung missbräuchlicher Preise» des Konsumentinnenforums der Deutschschweiz und des Kantons Tessin (siehe Seite 6), der Fédération Romande des Consommatrices und der Assoziazione Consumatrici della Svizzera Italiana schlägt folgenden neuen Verfassungsartikel 31sexies vor:

«Zur Verhinderung von Missbräuchen in der Preisbildung erlässt der Bund Vorschriften für eine Überwachung der Preise und Preisempfehlungen für Waren und Leistungen marktmächtiger Unternehmungen und Organisationen, insbesondere von Kartellen und kartellähnlichen Gebilden, des öffentlichen und des privaten Rechts. Soweit es der Zweck erfordert, können solche Preise herabgesetzt werden.»

Mit der Sammlung der erforderlichen 100 000 Unterschriften dürfte dieser Tage begonnen werden.

Eine parlamentarische Einzelinitiative ebenfalls zum Thema Preisüberwachung will SP-Nationalrat Christian Grobet (Genf) in der Septembersession einreichen. Der Vorstand seiner Fraktion der Bundesversammlung hat bereits zugestimmt.

Eine Petition zur Beibehaltung der Preisüberwachung hat schliesslich noch der «Blick» eingereicht. Zwischen dem 26. Juni und dem 9. Juli haben nach Angabe der Chefredaktion 52 231 Leser ihre Unterschrift unter die Petition mit folgendem

Wortlaut gesetzt: «Lieber Bundesrat, wir wehren uns dagegen, dass unser Preisüberwacher auf Ende Jahr einfach abgeschafft wird. Wir verlangen, dass Parlament und Regierung diesen Beschluss rückgängig machen.»

Neuer Treffpunkt für Frauen

Eine Frauenstelle für seine Arbeitnehmerinnen, die aber auch Aussenstehenden offenstehen soll, hat kürzlich der *Migros-Genossenschafts-Bund* an der Ausstellungsstrasse 102 beim Limmatplatz vorgestellt.

Mehr als die Hälfte aller bei der Migros Beschäftigten sind Frauen. Sie haben die Möglichkeit, an einem Nachmittag monatlich während der Arbeitszeit einen Kurs der Frauenstelle zu besuchen (besonders beliebt ist der Rednerkurs). Wie Lukretia Sprecher von der Direktion Personelles an einer Pressekonferenz ausführte, geht es der Migros heute darum, die Anstellungsverträge und Sozialleistungen für ihre Leute neu zu regeln. So sollen Mütter und Väter die Möglichkeit bekommen, jährlich fünf Tage bezahlten «Pflegeurlaub» für erkrankte Kinder nehmen zu können. Geplant sei auch eine Kindertagesstätte, in deren Betriebsführung auch die Eltern einbezogen würden.

Die Frauenstelle steht grundsätzlich allen Frauen offen. So hat man einen Dienstagstreff institutionalisiert: Jeden Dienstag zwischen 17 und 19.30 Uhr kommen Frauen zum Diskutieren, zum Kennenlernen. Es steht auch eine kleine Bibliothek zur Verfügung. Jeden dritten Dienstag im Monat sind übrigens auch Männer willkommen.

Das Jugendbuch-Institut ist umgezogen

Die Johanna-Spyri-Stiftung und das mit ihr verbundene Schweizerische Jugendbuch-Institut, 1968 von *Dr. Franz Caspar* gegründet und mit persönlichem Totaleinsatz unermüdlich gefördert bis zu seinem plötzlichen Tod voriges Jahr, haben umziehen müssen. Das romantisch verwinkelte Altstadthaus am Predigerplatz, das bisherige Domizil, ist verkauft worden. Die neue Adresse: *Feldeggstrasse 32* (Seefeld).

Mit einer Buchausstellung über das Frauenbild in der zeitgenössischen Jugendliteratur wurden die neuen, freundlich eingerichteten Räume vorgestellt. Der Umzug habe, so führte die interimistische Leiterin *Rosmarie Tschirky* aus, die seit längerer Zeit geplante Umstrukturierung beschleunigt. Für die bibliothekarische Erfassung der Primärliteratur arbeitet man nun mit der Zentralbibliothek zusammen. Allerdings muss die Jugendbuchsammlung mit ihren rund 15 000 Bänden erst einmal inventarisiert werden.

Selbstverständlich hat die «Schutzpatronin» Johanna Spyri auch am neuen Ort einen Ehrenplatz. Ihr Museum kennen Ausländer (vor allem Japaner) besser als wir Schweizer.

Leider ist die finanzielle Lage des Jugendbuch-Instituts immer noch unerfreulich. Die erhofften regelmässigen Beiträge des Kantons sind wegen der schlechten Staatsfinanzen «verschoben». Auf die Zuwendungen von Freunden und Gönnern wird man wohl noch längere Zeit dringend angewiesen bleiben.

Ein Wort noch zur bereits erwähnten Ausstellung. Sie basiert auf einer Studie von